

Missbrauch/Politische Bewegungen/Tirol

### Missbrauch in Tiroler Heimen: Liste Fritz verlangt Aus für Verjährung

Utl.: Bei Klagen von Betroffenen - Solche Maßnahme wäre laut Landesrätin Baur "willkürlich" =

Innsbruck (APA) - Die kleinste Oppositionspartei im Tiroler Landtag, die Liste Fritz-Bürgerforum Tirol, bringt das Thema Entschädigung von Missbrauchsopfern in Tiroler Heimen in den 1940er-bis 1990er-Jahren erneut auf das politische Tapet. Das Land solle bei Klagen von Betroffenen auf den Einwand der Verjährung verzichten, forderte LAbg. Andreas Brugger am Freitag bei einer Pressekonferenz in Innsbruck.

Darüber will die Liste Fritz mittels Antrags im Landtag abstimmen lassen. Bis dato habe es sich bei den finanziellen Entschädigungszahlungen des Landes in der Höhe von jeweils 5.000 bis 25.000 Euro pro Opfer lediglich um "Gnadengeschenke und Kulanzzahlungen" gehandelt, kritisierte der Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt. Bei darüber hinausgehenden Klagen werde jedoch der Verjährungseinwand eingebracht und von "erzieherischen Maßnahmen" beziehungsweise einem damals "anderen Verständnis von Erziehung" gesprochen.

Dabei gelte es, den Schaden in finanzieller Hinsicht vollständig wiedergutzumachen und auch einen etwaigen Verdienstentgang sowie Pensionszahlungen zu berücksichtigen, so Brugger. Das Land Tirol müsse sich in puncto Höhe der Ansprüche einem unabhängigen Gericht unterwerfen. "Zu sagen 'Pech gehabt, ihr hättet früher kommen müssen' ist schäbig. Das Land Tirol will sich aus finanziellen Verantwortung schleichen", polterte der Landtagsabgeordnete. Die Opfer dürften nicht wegen der Befristung "alle Ansprüche verlieren". Überdies kritisierte Brugger, dass das Land nach den "Kulanzzahlungen" die Betroffenen Verzichtserklärungen hinsichtlich weiterer Schadenersatzansprüche unterschreiben habe lassen. Das Land solle sich nicht mehr auf diese Verzichtserklärungen berufen. Dies werde ebenfalls Gegenstand eines Landtags-Antrages sein, kündigte er an.

Pauschal auf die Verjährungsfristen zu verzichten, wäre willkürlich und für eine Verwaltung nicht zu verantworten, entgegnete hingegen Soziallandesrätin Christine Baur (Grüne) gegenüber der APA. Man müsse sich vor "Willkürentscheidung" schützen. Zudem habe die Opfer-Anlaufstelle des Landes ohnehin auf juristische Einwände verzichtet und pauschal Entschädigungszahlungen geleistet.

Derzeit seien bei Gericht zwei Klagen in der Höhe von 900.000 und 290.000 Euro anhängig, berichtete Baur. Diese Ansprüche gelte es nun von dieser unabhängigen Instanz klären zu lassen. Deren Entscheidungen werde das Land Tirol "sehr ernst nehmen". Baur bezweifelte jedoch, ob die unter ihrem Vorgänger Gerhard Reheis (SPÖ) veranlassten Verzichtserklärungen rechtlich halten würden. Ob sie anders gehandelt hätte, wollte die Landesrätin nicht sagen. Dies sei eine "schwierige Geschichte".

Unterdessen würden sich nach wie vor Hilfe Suchende an die Anlaufstelle des Landes wenden, berichtete Baur. Anfang Oktober 2013 hatte es geheißen, dass bis dato mehr als zwei Millionen Euro an 234 Opfer von Missbrauch in Tiroler Heimen ausgezahlt wurden. 452 Betroffene hätten sich bis dato bei der Anlaufstelle Opferschutz gemeldet, 276 davon seien an die zuständige Kommission weitergeleitet worden.

(Schluss) ede/wim/gl

APA0284 2014-02-21/12:31

211231 Feb 14